

Hauptabteilung Politik und Beratung
Berlin, Mai 2017



Landtagswahl Nordrhein-Westfalen

Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

am 14. Mai 2017

Wahlanalyse

Endgültiges Ergebnis

Viola Neu

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Viola Neu

Teamleiterin Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin
viola.neu@kas.de

Thomas Köhler

Hauptabteilungsleiter
Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin
thomas.koehler@kas.de

1. Wesentliche Bestimmungsfaktoren der Landtagswahl¹ in Nordrhein-Westfalen 2017

Seit 1966 war die SPD nur von 2005 bis 2010 nicht an der Landesregierung beteiligt. Damit hat die CDU die historische Dominanz der SPD ein zweites Mal in der jüngeren Geschichte gebrochen und kann den Ministerpräsidenten stellen. Falls – was nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis möglich ist – eine Koalition von CDU und FDP zustande käme, wäre das eine Besonderheit, da keine Partei vorher an der Regierung beteiligt war. Dies ist in der Bundesrepublik eine Seltenheit.

Die Wahl wurde in den letzten Wochen vor dem Wahltermin entschieden. Nach einer langen Phase, bei der CDU und SPD etwa gleichauf lagen – bei einem zeitweisen Vorsprung der CDU –, konnte die SPD im Frühjahr vom zeitweiligen bundespolitischen Klima profitieren. Doch wie bereits im Saarland und in Schleswig-Holstein war dieser Effekt rasch verpufft. Zudem drangen landespolitische Themen nach vorn. Die Bedeutung des Wahlkampfes wird durch diese Aufholjagd erneut sichtbar. Mit einem Angriffswahlkampf, der die Bilanz der bisherigen Regierung thematisiert und die Probleme aufgreift, die den Menschen besonders wichtig sind, ist es der CDU gelungen, stärkste Partei zu werden. Die Stabilität von Trends im Meinungsklima kann durch Kommunikation und Kampagne jederzeit verändert werden, was für alle Parteien große Chancen wie Risiken bedeutet.

Dass Trends nichts Schicksalhafteres haben, zeigt wiederholt das Abschneiden der kleinen Parteien. Im Saarland liegen FDP und Grüne unter der Fünf-Prozent-Hürde, in Schleswig-Holstein profitieren beide stark von Persönlichkeitseffekten und schneiden überdurchschnittlich gut

¹ Wir danken herzlich der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap, die uns vorab die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zur Verfügung stellen. Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass lediglich die Daten der Institute und nicht deren Interpretation übernommen werden. Daher beziehen sich die Angaben in Klammern auf das die Daten erhebende Institut. Abweichungen der Daten zum vorläufigen Wahlergebnis ergeben sich durch finale Recherche.

ab und in Nordrhein-Westfalen erhält die FDP aufgrund der Popularität ihres Spitzenkandidaten ein sehr gutes Ergebnis, während die Grünen von den Wählern abgestraft werden. Damit führt für die Grünen auch die Regierungsbilanz in beiden Ländern zu unterschiedlichen Effekten.

Vor allem die Bilanz der SPD-geführten Regierung hat die Wähler veranlasst, der Partei den Rücken zu kehren. Erschwerend kommt die kritische Bewertung des Koalitionspartners hinzu. Auch die Grünen haben erhebliche Verluste zu verzeichnen. Damit einher geht ein Anwachsen der Kompetenzen der CDU. Der Amtsbonus nützte der Regierungspartei ebenso wenig wie in Schleswig-Holstein.

Die Formulierung, bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen handle es sich um eine „kleine Bundestagswahl“, ist zwar geläufig, jedoch nur berechtigt, wenn man die Zahl der Wahlberechtigten des Landes berücksichtigt. Die Dominanz der SPD in der Regierung hätte sonst auch im Bund einen anderen Niederschlag gefunden. Damit ist Nordrhein-Westfalen kein Indikator für den Ausgang anderer Wahlen, auch wenn es 2005 sowohl im Land als auch im Bund zu einem Regierungswechsel kam, allerdings mit unterschiedlichen Koalitionskonstellationen. Auch in Nordrhein-Westfalen sind bundespolitische Einflüsse vorhanden. Doch ist die Bedeutung nicht größer oder kleiner als in anderen Ländern. 36 Prozent der Wahlberechtigten sagen, die bundespolitische Situation sei für die Wahlentscheidung wichtiger. Nur sehr selten (z.B. in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt oder Hessen) steigt der Wert über 40 Prozent an (Forschungsgruppe Wahlen).

Die Wahl in Nordrhein-Westfalen zeigt erneut, wie differenziert das Wahlverhalten ist. Mit dem Rückgang traditioneller Parteibindungen entscheiden sich die Wähler von Wahl zu Wahl neu und dies auch jenseits vermeintlicher Lageraffinitäten. Dies gilt auch für Nichtwähler, die weder ein monolithischer Block sind, noch eine Reservewählerschaft für eine

bestimmte Partei oder ein politisches Lager bilden. Während im letzten Jahr vor allem die AfD Stimmen aus dem Nichtwählerlager mobilisieren konnte, gelingt dies bei den Landtagswahlen 2017 vor allem der CDU.

Die amtierende Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat ihren Popularitätsvorsprung weitgehend eingebüßt. Je näher der Wahltermin heranrückte, desto stärker wurde der Rückhalt von Armin Laschet in der Wählerschaft. 2012 wünschten sich 59 Prozent Kraft im Amt der Ministerpräsidentin, 2017 liegt der Wert bei 48 Prozent. Der Herausforderer Armin Laschet wird von 37 Prozent als Ministerpräsident präferiert. Damit ist der Vorsprung der Amtsinhaberin auf 11 Punkte geschrumpft (Forschungsgruppe Wahlen). Im Mai 2014 hätten noch 61 Prozent direkt für Kraft gestimmt und 18 Prozent für Laschet (Infratest dimap). Andere Referenzwerte deuten auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Auf der von +5 bis -5 reichenden Skala erhält die Ministerpräsidentin einen Wert von 1,3 und der Herausforderer 1,1.

Einen unmittelbaren Einfluss auf das Abschneiden ihrer Parteien haben die Spitzenkandidaten der Grünen, Sylvia Löhrmann, und der FDP, Christian Lindner. Löhrmann erhält von allen eine Bewertung von -0,6. Damit ist ihr Wert schlechter als der der Grünen in Nordrhein-Westfalen von 0,0 und dem Bund von 0,4. Mit einem Wert von 1,4 ist es dem Bundesvorsitzenden der FDP gelungen, auf einen besseren Wert als die Ministerpräsidentin zu kommen. Auch wird er besser als die Partei im Land (0,7) und im Bund (0,5) bewertet (Forschungsgruppe Wahlen). Starke Persönlichkeitseffekte kommen für die kleineren Parteien jedoch nur zum Tragen, wenn diese durch Bekanntheitswerte gestützt werden, was häufig vom medialen Talent der Kandidaten abhängt, wie bei Robert Habeck in Schleswig-Holstein oder auch bei Oskar Lafontaine im Saarland sichtbar.

Die Arbeit der Landesregierung wird insgesamt – auch im Vergleich zu anderen Ländern – kritisch bewertet. Zuletzt äußern sich 45 Prozent

zufrieden mit der Landesregierung. Gegenüber 2012 ist dies ein Rückgang von 8 Punkten. Während 48 Prozent mit der SPD in der Landesregierung zufrieden sind, äußern sich nur 25 Prozent mit der Arbeit der Grünen zufrieden, was z.B. im Vergleich mit Schleswig-Holstein ein niedriger Wert ist. Die Unzufriedenheit speist sich aus der negativen Bilanz in relevanten Politikbereichen. Jeweils drei Viertel bis zwei Drittel der Wahlberechtigten attestieren der Landesregierung Defizite in den Feldern Verkehr (Sanierung von Verkehrswegen), der Schul- und Bildungspolitik, der Bekämpfung von Kinderarmut und Kriminalität (Infratest dimap). Zwar wird der Landesregierung von einer knappen Mehrheit attestiert, sie habe die Wirtschaft vorangebracht (Infratest dimap), dennoch werden die wirtschaftlichen Rahmendaten pessimistisch bewertet. 2012 gaben noch 56 Prozent an, das Land sei gut auf die Zukunft vorbereitet; 2017 sagen dies 46 Prozent. Eng damit verbunden ist die Bewertung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Nordrhein-Westfalen, die gerade einmal 33 Prozent als „gut“ einschätzen, während 61 Prozent der Ansicht sind, im Bund sei die wirtschaftliche Lage „gut“. Die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation weicht erheblich ab, da 66 Prozent ein positives Urteil abgeben. Damit gilt das Land als wirtschaftlich abgehängt (Forschungsgruppe Wahlen).

Die wichtigen politischen Probleme haben sich gegenüber 2012 stark verändert. 2012 lag die Verschuldung, die Schul- und Bildungspolitik sowie die Arbeitsmarktsituation auf den ersten Plätzen. Die Schul- und Bildungspolitik ist noch wichtiger geworden und führt 2017 die Liste der wichtigsten Probleme an. Aber auch das Themenfeld Flüchtlinge und Integration spielt eine Rolle wie auch die Verkehrssituation. Für 41 Prozent ist die Schul- und Bildungspolitik vorrangig, für 27 Prozent die Flüchtlingspolitik und für 23 Prozent der Bürger die Verkehrspolitik. Hier ist ein Zuwachs von 14 Punkten zu verzeichnen. Mit 15 Prozent ist auch die Kriminalität ein wichtiges Problem, das bei der vorangegangenen Wahl nicht genannt wurde.

In der veränderten Agenda spiegeln sich die wahrgenommenen Defizite der Landesregierung wider. Die SPD muss bei allen Themen deutliche Einbußen in der Kompetenzwahrnehmung hinnehmen; die CDU kann hingegen überall zulegen. Von Vorteil ist es zudem, dass sie bei den Themen Kriminalität sowie Verkehr einen sehr klaren Vorsprung vor der SPD vorweisen kann. Beim Themenfeld Verkehr liegt sie 11 Punkte vor der SPD (30:19); bei Themenfeld Kriminalität sogar 25 Punkte (40:15). Bis auf ihr angestammtes Image der sozialen Gerechtigkeit erscheint die SPD in keinem Themenfeld den Wählern kompetenter als die CDU. Sogar in der Bildungspolitik hat sich die CDU (wenn auch knapp) vor die SPD geschoben (31:26). Daher führt die CDU am Ende des Wahlkampfes auch in der Bewertung der globalen Zukunftskompetenz, die für das Wahlverhalten von zentraler Bedeutung ist, bei der ihr 34 Prozent Kompetenzen zusprechen. Die SPD wird von 28 Prozent genannt (Forschungsgruppe Wahlen).

In Nordrhein-Westfalen herrschte echte Wechselstimmung. Vor allem die Anhänger der Oppositionsparteien wünschen sich, dass andere Parteien regieren. So teilen 56 Prozent der Bürger in Nordrhein-Westfalen diesen Wunsch. Deutlich unentschlossener zeigen sich die Wahlberechtigten in der Frage nach der Wunschkoalition. 36 Prozent wünschten sich zum Wahltag eine Koalition unter Führung der CDU; 29 Prozent würden die SPD-Führung bevorzugen. Sowohl eine schwarz-gelbe als auch eine schwarz-rote Koalition finden mit knapp 40 Prozent den größten Rückhalt (Forschungsgruppe Wahlen).

Die AfD zieht in den Landtag ein. Jenseits der üblichen Einstellungen in Bezug auf Integration und Zuwanderung sowie den bekannten Unzufriedenheiten findet sich über die AfD-Anhänger in den vorliegenden Daten nichts Neues. Nach ihrem Hoch 2015/2016 befindet sich die Partei auch in Nordrhein-Westfalen auf sinkendem Niveau.

2. Das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen 2017

Das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen birgt einige Superlative: Während die SPD ihr historisch schlechtestes Wahlergebnis hat, kann die FDP ihr bestes Ergebnis verbuchen. Die Grünen verlieren fast die Hälfte ihrer Wählerschaft. Anstelle der Piraten wird nun die AfD die fünfte Partei im Landtag sein.

Der Landtag hat 181 reguläre Mandate, von denen 128 direkt gewählt werden. Der neue Landtag wird aufgrund von Überhang- und Ausgleichsmandaten aus 199 Abgeordneten zusammengesetzt sein. Der letzte Landtag hatte 237 Sitze.

Mit 31,2 Prozent verliert die **SPD** 7,9 Punkte. Trotz gesteigener Wahlbeteiligung verliert sie ca. 400 Tsd. Stimmen. Ca. 2,7 Millionen Stimmen entfallen auf die Partei. Wahlergebnisse von ca. 32 Prozent hatte sie bei den ersten Landtagswahlen 1947 und 1950. Bis 1962 war die CDU die stärkste Partei. 1966 entschied sich die FDP während der Legislaturperiode für einen Wechsel zur SPD. In den 1970er Jahren konnte die CDU nicht regieren, da sich die FDP für sozialliberale Koalitionen entschied. Danach gelang es der CDU erst 2005 mit Jürgen Rüttgers wieder, die Regierung in einer schwarz-gelben Koalition zu leiten. Vor allem die 1980er Jahre mit dem Ministerpräsidenten Johannes Rau (1978-1998) festigten das Image vom „Stammland“ der SPD, welches bei genauerer Betrachtung historisch brüchig ist, vor allem da das Bindestrich-Land sozialstrukturell und weltanschaulich heterogen zusammengesetzt war und ist.

Von ihren bisher 99 Mandaten verliert die SPD 30 und wird nunmehr 69 Abgeordnete in das Parlament entsenden. 13 Plätze davon erhalten Bewerber auf der Landesliste. Die SPD verliert überdurchschnittlich stark

in ihrer Hochburg, dem Ruhrgebiet (-11 Punkte), wo sie dennoch ihr bestes Ergebnis erzielt. Doch sind die Verluste flächendeckend.

Die **CDU** gewinnt 6,6 Prozentpunkte hinzu und wird von 33 Prozent der Wähler unterstützt. Ca. 750 Tsd. Wähler kommen zusätzlich zur CDU. Damit wird sie von ca. 2,8 Millionen Bürgern gewählt. Alle 72 Mandatsträger sind direkt gewählt. Gegenüber 2012 kommen fünf weitere Abgeordnete der CDU in das Landesparlament.

Die Gewinne der CDU verteilen sich recht homogen über das gesamte Wahlgebiet.

Die **Grünen** erhalten 6,4 Prozent, was einem Verlust von 5,0 Punkten entspricht. Ca. 540 Tsd. Wähler geben der Partei ihre Stimme. Dies sind ca. 345 Tsd. weniger als bei der Vorwahl. Von 29 Mandaten bleiben der Partei 14 erhalten (-15).

In ihren Hochburgen an der Rheinschiene schneiden die Grünen am besten ab. Dort verlieren sie aber auch überdurchschnittlich.

Mit einem Plus von 4,0 Punkten erreicht die **FDP** einen Anteil von 12,6 Prozent. Knapp 1,1 Millionen Stimmen (+395 Tsd.) gewinnt die Partei. Sie wird 28 Abgeordnete in ihrer Fraktion vereinigen (+6 Mandate).

Die FDP erzielt die besten Ergebnisse entlang der Rheinschiene.

Die **AfD** zieht in das 13. Landesparlament mit 7,4 Prozent ein. Dies entspricht ca. 625 Tsd. Stimmen. Die Fraktion setzt sich aus 16 Abgeordneten zusammen.

Im Ruhrgebiet schneidet die AfD am besten und im Münsterland am schlechtesten ab.

Mit 4,9 Prozent scheidet die Linke knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. Nach www.wahlrecht.de fehlen der Partei 8.561 Stimmen. Sie gewinnt 2,4 Punkte hinzu und wird von ca. 416 Tsd. Wählern unterstützt.

Die Piraten verlieren 6,9 Punkte und erreichen aufgerundet 1,0 Prozent. Daher fehlen wenige Tausend Stimmen zur Erlangung der staatlichen Parteienteilfinanzierung, die ab 1,0 Prozent beginnt.

Die Wahlbeteiligung ist um 5,6 Punkte auf 65,2 Prozent gestiegen.

3. Wählerwanderungsbilanz² und das Wahlverhalten³ in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Nordrhein-Westfalen 2017

Die gestiegene Wahlbeteiligung kommt vor allem der **CDU** zugute. Von den ca. 680 Tsd. zusätzlichen Wählern entscheiden sich 430 Tsd. für eine Stimmabgabe zugunsten der Christdemokraten. Aber auch von der SPD und den Grünen erhält die Partei einen starken Wählerzustrom. So wechseln 310 Tsd. ehemalige SPD- und 90 Tsd. vormalige Grünen-Wähler zur die CDU. An die FDP und die AfD hat sie hingegen geringe Abwanderungen von jeweils 50 Tsd. Stimmen zu verzeichnen.

Die **SPD** verliert in erster Linie an das bürgerliche Lager Wähler. 310 Tsd. ehemalige SPD-Wähler wechseln zur CDU; weitere 160 Tsd. entscheiden sich für die FDP. Auch die AfD wie die Linke profitieren von der SPD. Jeweils 60 Tsd. Stimmen gehen an diese Parteien verloren. Von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitieren auch die Sozialdemokraten mit einem Wählerplus von 170 Tsd. Stimmen. Auch von den Grünen kann die SPD Wechselwähler gewinnen. Im Saldo kommen so 110 Tsd. Wähler zu der Partei.

² Infratest dimap

³ Infratest dimap, Forschungsgruppe Wahlen

Die **FDP** hat den stärksten Wählerstrom von der SPD (+160 Tsd.) zu verzeichnen. 90 Tsd. vormalige Nichtwähler entscheiden sich für die Liberalen. Von der CDU kommen 50 Tsd. und von den Grünen 30 Tsd. Stimmen hinzu. Die AfD kann 30 Tsd. frühere FDP-Wähler mobilisieren und die Linke 10 Tsd.

Die **Grünen** geben an alle Parteien Wähler ab. 110 Tsd. an die SPD, 90 Tsd. an die CDU, 60 Tsd. an die Linke, 30 Tsd. an die FDP und 10 Tsd. an die AfD. Trotz der gestiegenen Wahlbeteiligung bleiben 30 Tsd. ehemalige Grünen-Wähler den Wahlurnen fern.

Die **AfD** profitiert vor allem von einem Zustrom aus dem Lager der „Sonstigen“, was vermutlich ehemalige Wähler der Piraten sein dürften. So wechseln 300 Tsd. Stimmen aus der Gruppe der sonstigen Parteien zur AfD. 120 Tsd. frühere Nichtwähler unterstützen die Partei. Von der SPD wechseln 60 Tsd., von der CDU 50 Tsd., von der FDP 30 Tsd. und von den Grünen und der Linken jeweils 10 Tsd. Wähler zur AfD.

Die **Linke** gewinnt von der SPD und den Grünen jeweils 60 Tsd. Stimmen. Von der FDP kommen 10 Tsd. und an die AfD gehen 10 Tsd. Stimmen. Je 40 Tsd. Stimmen kommen aus dem Lager der sonstigen Parteien und aus dem Nichtwählerlager.

Generell verteilen sich die Gewinne und Verluste der Parteien recht homogen in der Wählerlandschaft. Aufgrund der generell geringen und sinkenden Bedeutung der **Sozialstruktur** für die Stimmabgabe sollten auch diese Ergebnisse nicht überbewertet werden. Die SPD verliert überdurchschnittlich stark bei älteren Wählern und bei Beamten. Die CDU kann ihren Anteil bei Beamten, Selbstständigen, Konfessionslosen sowie in der Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen ausbauen. Die Grünen verlieren vor allem Wähler mit höheren Bildungsabschlüssen. Die FDP gewinnt bei 25- bis 34-jährigen Männern überdurchschnittlich hinzu. Die AfD findet vor

allem bei Männern in der Altersgruppe 35-59 Jahre sowie bei Arbeitern und Arbeitslosen überdurchschnittliche Unterstützung.